

FDP.Die Liberalen Aargau, Postfach 2735, 5001 Aarau

Aarau, 13. Januar 2015

Departement Gesundheit und Soziales
Abteilung Gesundheitsversorgung
Bachstr. 15
5001 Aarau

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG): Anhörungsantwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Die FDP.Die Liberalen Aargau dankt Ihnen für die Gelegenheit, zu oben erwähnter Vorlage Stellung nehmen zu können.

Die Vorlage ist sehr komplex und wurde parteiintern an verschiedenen Stellen diskutiert bis zur Verabschiedung. Wir bedanken uns deshalb auch für die Möglichkeit der Fristverlängerung.

Die Umgestaltung der individuellen Prämienverbilligung ist eine politische Notwendigkeit und wird von der FDP.Die Liberalen schon lange gefordert. Die vorgeschlagenen Massnahmen erscheinen logisch und richtig und werden so unterstützt. Für die Detailberatung wird die FDP.Die Liberalen aber auf folgenden Punkten ihr spezielles Augenmerk richten:

- Datenhoheit der SVA: Diese Stelle wird zukünftig Zugriff auf sämtliche sensible Daten der Bürgerinnen und Bürger und teilweise mehr Informationen als die Gemeinde haben. Dies ist kritisch; insbesondere die sicherheitsrelevanten Aspekte müssen in der Vorlage genau aufgezeigt werden.
- Die Verantwortlichkeit der bedarfsgerechten Verteilung der Prämienverbilligung darf nicht alleine beim Regierungsrat liegen. Die Grundsätze der kantonalen Prämienverbilligungspolitik und die Höhe der ausgerichteten Prämienverbilligung sind politische Prozesse. Die FDP.Die Liberalen verlangt, dass in der Vorlage genau aufgezeigt wird, wie der Grosse Rat verantwortlich mit einbezogen wird.

Die FDP.Die Liberalen hat die Einführung der Liste der säumigen Prämienzahler gefordert und steht dazu, dass diese Liste Begleitmassnahmen auf Gemeindeebene braucht. Dies führt aber zu einer zusätzlichen Belastung der Gemeinden, was in der Vorlage zu wenig aufgezeigt wird. Das Case Management in der vorgeschlagenen Form benötigt personelle Ressourcen, die in der Vorlage nicht korrekt eingerechnet wurden. Der konkrete Ablauf des Case Managements erscheint in der vorgeschlagenen Fassung zu starr; die Gemeinden müssen hier mehr Kompetenz erhalten. Die FDP.Die Liberalen vertraut darauf, dass die Gemeinden die Aufgabe der Begleitung von säumigen Prämienzahlern bedarfsgerecht wahrnehmen kann, sofern sie die richtigen Rahmenbedingungen erhalten: z.B. Verantwortung, frühzeitige Information, Schuldenberatungsstelle beim Kanton. Die FDP.Die Liberalen steht dazu, dass auf die säumigen Prämienzahler teilweise Druck ausgeübt werden muss, damit sie ihre Schulden begleichen. Dieser Druck kann durch eine Vorladung zu einem Gespräch auf die Gemeinde erfolgen, doch darf diese Massnahme für die Gemeinde nicht obligatorisch erklärt werden.

Die FDP.Die Liberalen erwartet, dass in der Vorlage eine praxistauglichere und administrativ weniger aufwändige Lösung präsentiert wird. Ebenso muss aufgezeigt werden, dass die Koordinationsstelle nicht zu einem weiteren administrativen Mehraufwand führt, deshalb fordern wir eine zeitliche Beschränkung und Überprüfung dieser Stelle.

Die Finanzierung der Verlustscheine durch die Gemeinden macht Sinn bezüglich fiskalischer Äquivalenz, doch muss der Kanton anerkennen, dass die Belastung dadurch für die Gemeinden sehr gross wird. Die FDP.Die Liberalen erwartet, dass dieser Betrag voll im Finanz- und Lastenausgleich angerechnet wird. Ebenso muss transparent aufgezeigt werden, welche Belastungen wirklich auf die Gemeinden zukommen, auch im Falle eines Wegzugs in eine andere Gemeinde. Der Kanton macht mit dieser Gesetzesvorlage genaue Vorgaben, welche die Gemeinden erfüllen müssen, deshalb müssen sämtliche finanziellen Belastungen auch im FLA ausgeglichen werden – oder der Kanton übernimmt einen Teil der Kosten.

Es ist wichtig, dass die Änderungen in der individuellen Prämienverbilligung zeitgerecht umgesetzt werden können. Die Diskussionen um die Begleitmassnahmen für die Liste der säumigen Prämienzahler dürfen diese Einführung nicht verzögern, wie die FDP.Die Liberalen mit dem Prüfungsauftrag bei der Leistungsanalyse schon gefordert hat.

Mit freundlichen Grüssen

FDP.Die Liberalen Aargau

Matthias Jauslin
Präsident



Dr. Martina Sigg
Leiterin Ressort Gesundheit und Soziales

